



-Berlin Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Spahn gibt Regierungserklärung zu Corona ab

Sicherheit der Bevölkerung geht vor

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat die Menschen darauf eingestimmt, dass der Höhepunkt der Corona-Epidemie in Deutschland noch nicht erreicht ist. In einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag sagte Jens Spahn, es könne phasen- und stellenweise zu „Stress im System“ kommen. Daher rief er die Bürger zu Besonnenheit auf. „Mit kühlem Kopf können wir die Herausforderungen am besten bewältigen.“

Nächste Stufe der Epidemie zu erwarten

Die Gesundheitseinrichtungen müssten sich in einer „möglichen nächsten Stufe“ der Epidemie auf Patienten mit schweren Verläufen konzentrieren, sagte Spahn am Mittwoch. Planbare medizinische Eingriffe würden dann verschoben. Patienten mit leichten Symptomen des Coronavirus müssten sich zu Hause auskurieren. Es werde auch weitere Einschränkungen im Alltag geben, wenn noch häufiger als bisher Schulen zeitweise geschlossen und Großveranstaltungen abgesagt werden müssten. Es gelte aber der Grundsatz: „Die Sicherheit der Bevölkerung geht im Zweifel vor – auch vor wirtschaftlichen Interessen.“

Medizinprodukte wieder in Europa herstellen

Spahn verkündete, dass seit Mittwoch 11 Uhr ein Ausfuhrverbot für Schutzkleidung wie Atemmasken, Handschuhe oder Schutzanzüge bestehe. Diese werde in erster Linie für die Arbeit in den

Kliniken und Praxen benötigt. Der Minister stellte auch die Frage nach internationalen Lieferketten und einseitigen Abhängigkeiten bei Medizinprodukten. Es könne nicht sein, dass Deutschland von einem einzigen Land abhängig sei, das solche Produkte herstelle. Nach dem Ende der aktuellen Epidemie müssen auf europäischer Ebene die Weichen dafür gestellt werden, dass hier wieder Unabhängigkeit hergestellt wird.

Spahn wies darauf hin, dass die Folgen von Angst weit größer seien als die durch das Virus selbst. Daher forderte er alle auf, das Verbreiten von Falschmeldungen und Angst mit Nichtbeachtung zu strafen. Auch für Hamsterkäufe gebe es überhaupt keine Notwendigkeit.

Bekämpfungsstrategie anpassen

Derzeit gilt nach wie vor das strategische Ziel, die Infektionsketten einzudämmen, damit sich die Coronaviren langsamer verbreiten. Je mehr Zeit man gewinne, desto besser könnten Wissenschaftler und Ärzte, aber auch die Politik und Behörden sich auf die Situation einstellen. Wenn sich die Zahlen nach oben bewegten und die Ansteckungsketten nicht mehr nachvollzogen werden könnten, müsse die Bekämpfungsstrategie angepasst werden.

Dank an Pfleger und Ärzte

„Für uns als Gesellschaft ist die aktuelle Lage eine große Herausforderung“, sagte der Gesundheitsminister. Er habe aber „großes Vertrauen in unsere Experten, Ärzte und Pfleger“, denen er für ihre aufopferungsvolle Arbeit dankte.

Tagesaktuelle Informationen zum Coronavirus erhalten sie hier:

[Bundesgesundheitsministerium](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html)

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

[Robert-Koch-Institut](https://rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html)

https://rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html

Bund fördert die schulische Nachmittagsbetreuung mit 2 Mrd. Euro

Der Bundestag hat mit den Beratungen zur Errichtung des Sondervermögens „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter“ begonnen. Die Schulzeit endet für Grundschüler meist in der Mittagszeit – doch nur selten deckt sich das heutzutage mit den Arbeitszeiten der Eltern. Viele Berufstätige wünschen sich, dass ihre Kinder auch am Nachmittag in guten Händen sind und sie gut betreut werden. Der Bund hat bereits mit finanzieller Unterstützung dazu beigetragen, dass eine verlässliche Betreuung für die Kita gilt. Was für die Kita gilt, müssen wir auch für die Grundschule realisieren. Dieses Vorhaben hatte die Union in ihr Wahlprogramm aufgenommen – und das setzen wir jetzt um.

So vielfältig und unterschiedlich die Kinder sind, so vielfältig und unterschiedlich müssen auch die Nachmittags-Angebote in den Grundschulen sein. Freiwillige Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern ermöglicht Müttern und Vätern,

ihre Arbeitszeit flexibel zu gestalten. Gemeinsame Zeit mit Gleichaltrigen am Nachmittag fördert die sozialen Kompetenzen von Kindern und den Umgang miteinander. Daher wollen wir nicht nur gebundene Ganztagschulen fördern, sondern auch andere Angebote – wie offene Grundschulen und Hortbetreuung. Dafür stellt der Bund Ländern und Kommunen in den nächsten zwei Jahren insgesamt 2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Vergleich zwischen Verbraucherzentrale und VW— Musterfeststellungsverfahren wirkt

Der Volkswagen-Konzern und die Verbraucherzentrale haben sich im laufenden Musterfeststellungsverfahren zum Diesel-Skandal auf einen Vergleich geeinigt. Die geschädigten VW-Kunden können nun endlich auf Schadenersatz hoffen. Dies zeigt, dass das neue Musterfeststellungsverfahren wirkt, das 2018 auf Drängen der Union eingeführt wurde. Damit haben wir ein wirksames Instrument geschaffen, welches effektiven Verbraucherschutz bietet und für Unternehmen einen sicheren Rechtsrahmen schafft. Unser Ziel als Union war es immer, dass auch der Einzelne die Möglichkeit hat, gegenüber Unternehmen zu seinem Recht zu kommen, ohne dass er den mit einem solchen gerichtlichen Verfahren verbundenen zeitlichen Aufwand und das Kostenrisiko tragen muss. Dabei war es uns wichtig, auch den „Vergleich“ als rasches und effizientes Instrument zu ermöglichen. Der VW-Vergleich bestätigt, dass wir damit richtig lagen.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten

Nur wenn wir genügend Fachkräfte haben, kann der Wirtschaftsstandort Deutschland florieren. Schon heute sind die Auswirkungen des Fachkräftemangels in vielen Branchen zu spüren. In einem ersten Schritt wurden daher arbeitsmarktpolitische Reformen eingeleitet, damit sich einheimische Bewerber leichter für offene Stellen in

Unternehmen qualifizieren und bewerben können. Das alleine wird aber nicht reichen. Wir brauchen auch die Zuwanderung von Fachkräften. Aus dem europäischen Ausland wird dieser Zuzug in den nächsten Jahren aber geringer werden, denn auch dort gewinnt die Wirtschaft an Fahrt und die Menschen finden im eigenen Land eine bessere Bezahlung. Deshalb brauchen wir Fachkräfte aus Drittstaaten. Hierzu ist am 1. März das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten. Wir müssen jetzt alle Maßnahmen ergreifen, damit die Fachkräfteeinwanderung gezielt gesteuert und praxistauglich erfolgen kann.

Gunther Krichbaum spricht im Plenum

Zu Beginn jedes Jahres legt die EU-Kommission ihr Jahresarbeitsprogramm vor, in dem sie ihre Vorhaben für die nächsten zwölf Monate vorstellt. Im Plenum des Deutschen Bundestages findet hierzu regelmäßig eine Debatte statt, in der „mit der deutschen Brille“ auf das Programm geschaut wird und die Vorhaben der Kommission bewertet werden. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach gestern Gunther Krichbaum zu diesem Thema. Sie finden die Rede zum Ansehen und –hören unter:

<https://bit.ly/3aAWqF>